

ANDREAS MALYCHA

1948 – das Jahr des Wandels im Charakter der SED?

In den seit 1990 geführten Debatten um die unmittelbare Nachkriegsgeschichte hat sich die Ansicht verfestigt, die entscheidenden Weichenstellungen im Charakter und der Strategie der SED wären im Jahre 1948 erfolgt, in dem Jahr, in dem der Kalte Krieg einen ersten Höhepunkt erreichte. Betrachtet man die Stoßrichtung der 1948 gefaßten zentralen Vorstandsbeschlüsse, so ist diese Feststellung zweifelsohne zutreffend. Die Ergebnisse meiner in den letzten Jahren betriebenen Untersuchungen weisen jedoch darauf hin, daß schon unmittelbar nach der Gründung der SED ein Prozeß der schleichenden Stalinisierung der SED einsetzte, der mit den Vorstandsbeschlüssen von 1948 lediglich seine formelle Entsprechung fand und eine ganze Reihe von Entwicklungen praktisch legalisierte, die bis zum Jahre 1948 unterhalb der zentralen Ebene stattfanden. Der scheinbare Bruch des Jahres 1948 ist in diesem Sinne nicht als Abkehr vom sogenannten Gründungskonsens, sondern als folgerichtiges Ergebnis eines schrittweisen Stalinisierungsprozesses zu interpretieren.

Das Festhalten an der Zäsur von 1948 hatte natürlich nachvollziehbare Hintergründe. Als DDR-Historiker nach 1990 versuchten, die Ursprünge der Irrwege in ihrer politischen Heimat zu erkunden, und zu ihnen zähle ich mich ebenso, glaubten nicht wenige unter ihnen, für die ersten Jahre nach Kriegsende einen wirklichen Neubeginn und eine verlorene Chance zu entdecken. Also eine Zeit, in der Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED in Überwindung ihrer traditionellen Differenzen ein gemeinsames Ziel verfolgten, eine antifaschistische Ordnung mit parlamentarisch-demokratischen Charakterzügen zu schaffen. Die Gemeinde- und Landtagswahlen vom Herbst 1946 galten in dieser Sicht ebenso als demokratisch wie die ersten Parteiwahlen im Sommer/Herbst 1947. Erst die Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Westmächten habe der demokratischen Chance im Sommer 1948 eine Ende bereitet und die SED weitgehend in Richtung auf das sowjetische Parteimodell verändert. Meiner Auffassung begann der Wandel nicht erst 1948, was im folgenden untermauert werden soll.

Kaum Abstriche gibt es an der Tatsache zu machen, daß der Kalte Krieg Auswirkungen auf die innere Entwicklung der SED haben mußte. Seit 1947 erwachsen aus der Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Westmächten in einer neu definierten Lage Deutschlands veränderte Perspektiven, die sowohl für stalinistisch sozialisierte und ideologisch zur Disziplin trainierte als auch

Andreas Malycha – Jg. 1956. Dr. phil., 1978-83 Studium der Geschichte in Leipzig. 1983-89 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus in Berlin, 1990-92 Leiter einer Forschungsgruppe des nunmehr umbenannten Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Von 1992 bis 1996 freiberuflicher Historiker. Arbeit an verschiedenen Projekten, u.a. für die Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn zur Gründung der SED. Seit Mai 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Freien Universität Berlin. Forschungen zur Geschichte der SED 1946 bis 1961.

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

auf Freiräume und innerparteiliche Demokratie hoffende SED-Mitglieder Konsequenzen nach sich zogen. Die Sicherung der Machtpositionen der SED nahm für die sowjetische Führung einen immer größer werdenden Stellenwert ein. Die Festigung und der Ausbau der führenden Position der SED in der sowjetischen Zone wurde in dem Maße zu einem Schlüsselglied der sowjetischen Deutschlandpolitik, wie sich die Konfrontation der UdSSR mit den Westmächten in der deutschen Frage herausbildete. Im Prozeß der globalen Konfrontation zwischen den ehemaligen Siegermächten bekam darüber hinaus die Aufrechterhaltung der sowjetischen Position in Deutschland strategische Bedeutung zur Absicherung des sowjetischen Einflusses in den Staaten Osteuropas. Die Frage nach der Organisationsform einer kommunistisch geprägten Massenpartei erhielt dann im Verlaufe des Jahres 1947 in dem Maße eine neue Dimension, als von der SED die Gründung eines deutschen Teilstaates ernsthaft in Erwägung gezogen und vorbereitet wurde und somit das Problem auftauchte, durch welche innerparteilichen Veränderungen der Machtanspruch der SED dauerhaft durchgesetzt werden könnte.

Die seit 1947/48 nunmehr auch formell beanspruchte Hegemonie einer zentralistisch geführten Staatspartei folgte vor allem einer gewissen Logik und Dynamik der seit 1945 vorangetriebenen gesellschaftspolitischen Veränderungen. Wie in den osteuropäischen Ländern hatten die ökonomischen und sozialen Umbrüche auch in der sowjetischen Zone zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung geführt, die gesamtgesellschaftlicher Planung bedurfte. Diese Art Planung – nach sowjetischem Vorbild – setzte einen Parteityp voraus, der mit Hilfe seiner zentralistischen Strukturen in der Lage schien, den Wirtschaftsplan nicht nur auszuarbeiten, sondern gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Nicht zufällig hatte Walter Ulbricht auf einer Parteivorstandstagung am 29./30. Juni 1948 die »Partei neuen Typs« gerade mit der Durchführung des Zweijahresplanes für 1949/1950 gefordert.

Die im Ergebnis der Integration der sowjetischen Besatzungszone in die sowjetische Machtsphäre erfolgte forcierte Transformation in eine stalinistische Partei ist aus diesem Grund nicht primär auf dem Hintergrund der Verschärfung des Ost-West-Konflikts und der damit weltpolitisch und lagerintern ausgelösten Blockbildungszwänge zu sehen. In der Sicht der SED-Führung war im Verlauf des Jahres 1947 die gesellschaftspolitische Entwicklung in ein Stadium gelangt, in dem sich die Frage nach der sozialistischen Perspektive stellte. Hatte man bislang offizielle Rückgriffe auf das sowjetische Gesellschafts- und Parteikonzept zu vermeiden versucht, so galten jetzt die gesellschaftspolitischen Bedingungen als geeignet, die Übernahme des sowjetischen Modells nicht nur verdeckt zu betreiben, sondern formell zu propagieren und zur herrschenden »Generallinie« zu erklären. Die internen Äußerungen von führenden Kommunisten auf zentraler und regionaler Ebene ließen allerdings kaum Zweifel daran, daß eine Abkehr vom leninistischen und stalinistischen Partei- und Gesellschaftsverständnis nie ernsthaft zur Disposition stand.

An den Orientierungen deutscher Kommunisten am sowjetischen Sozialismusmodell hatte sich nichts geändert. Seit Mitte der dreißei-

ger Jahre wurde in der Kommunistischen Internationale das Konzept der Volksdemokratie entwickelt. Im Zentrum dieser Überlegungen für das politische System der nachfaschistischen Gesellschaften stand ein sozial wie politisch breites, von den kommunistischen Parteien geführtes Bündnis. Für die Glaubwürdigkeit des Konzeptes der Volksdemokratie war nun die Betonung nationaler Wege und eine formale Abgrenzung zum sowjetischen Gesellschaftsmodell unverzichtbar. Die KPD richtete sich nach 1945 noch immer an den allgemeinen Leitlinien der kommunistischen Weltbewegung aus. Diese ging nicht auf eine grundsätzliche Distanz zum Stalinschen Sozialismusmodell, sondern orientierte auf seine zeitweilige Zurückstellung zugunsten einer inhaltlich breit interpretierbaren und taktisch motivierten Übergangsphase, in der zunächst die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet werden sollte. Charakteristisch für alle kommunistischen Parteien in Ost und West war der Verzicht, die angestrebte Ordnung deutlich als Übergangsperiode zum Sozialismus stalinistischer Prägung zu deklarieren. Von Anfang an war jedoch daran gedacht, diese »antifaschistisch-demokratische Ordnung« über Zwischentappen auf dieses Ziel hin zu entwickeln. Die Art der Machteroberung sollte sich zwar nach demokratischen Spielregeln richten, die Macht dann unabhängig existierender Mehrheitsverhältnisse nicht mehr aus den Händen gegeben werden.

Freilich vermittelte die Formel vom »demokratischen Weg« zum Sozialismus den Eindruck reformkommunistischer Wandlungen. Mit dem im Februar 1946 veröffentlichten Artikel von Anton Ackermann »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« stellte die KPD-Führung die Möglichkeit eines demokratischen Weges zum Sozialismus in Deutschland in Aussicht. Doch was dies nun konkret bedeuten würde, blieb völlig offen. Nicht beantwortet war die Frage, ob und wie dieser Weg auch ein parlamentarischer sein werde. Von der Erringung parlamentarischer Mehrheiten war in dem Artikel Ackermanns und den »Grundsätzen und Zielen« der SED nicht die Rede, lediglich von einer »Beschränkung auf rein gesetzliche Mittel«. Sowohl der Weg zum Sozialismus selbst als auch das Ziel wurden inhaltlich nicht konkretisiert, und fraglich blieb auch, ob der »friedliche Weg« für alle Teile Deutschlands Gültigkeit haben könnte.

So bedeutete die Hervorhebung eines »demokratischen Weges« zum Sozialismus keine wirkliche Alternative zum Stalinschen Sozialismusmodell. Derartige Überlegungen waren auch nicht den Einsichten der deutschen Kommunisten entsprungen. Die Betonung der nationalen Besonderheiten resultierte weniger aus der Analyse der konkreten deutschen Situation. Sie stellte vielmehr den Versuch dar, die Politik der KPD in ein internationales Konzept der kommunistischen Weltbewegung sowie in die sowjetische Interessenlage einzuordnen. Die seit 1944 von den kommunistischen Parteien betonten Sonderwege entsprachen den sowjetischen Nachkriegsplänen, die darauf hinausliefen, die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten auch nach Kriegsende fortsetzen zu können. Die Akzeptanz oder gar Förderung von Sonderwegen zum Sozialismus bildete also eine wichtige Komponente für die Koope-

rationsbasis der Sowjetunion mit den Westmächten. Die offizielle Rücknahme der Sonderweg-Thesen fiel auch nicht zufällig mit dem Auseinanderbrechen der alliierten Zusammenarbeit 1948 zusammen. So wurde mit der Abkehr vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« ein ideologischer Ballast abgeworfen, den nicht wenige aus der KPD kommende SED-Funktionäre nur unter dem Druck der Parteidisziplin zähneknirschend mit sich herumgeschleppt hatten. Ein Bruch ist 1948 somit schwer erkennbar.

Auch im Parteiverständnis hatte sich nach 1945 wenig geändert. Sicherlich, die KPD schickte sich an, im Unterschied zur Weimarer Zeit eine Massenpartei zu werden, die nach der Staatsmacht griff. Hatte das aber Einfluß auf die inneren Funktionsmechanismen? Die KPD legte auch nach 1945 in Fortführung der Tradition Lenins und Stalins besonderen Wert auf die bedingungslose Durchführung gefaßter Beschlüsse und den kämpferischen Charakter der Partei. In ihrem Entwurf für die »Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei« knüpfte die KPD an die von Stalin kanonisierten Merkmale einer kommunistischen Partei aus dem Jahre 1924 an und berief sich auf die »Weiterentwicklung des Marxismus in der imperialistischen Epoche, den Leninismus«. Die KPD sah ferner »in der bedingungslosen Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und in der strikten Durchführung der gefaßten Beschlüsse die echte Demokratie, in der die demokratische Willensäußerung der Mitglieder oberstes Gesetz ist.« Die kommunistischen Vorarbeiten zur Gründung der SED machten die wichtigsten Elemente eines stalinistischen Parteiverständnisses erkennbar. Wiederholt wurde der Charakter der künftigen Partei als einer Kampfpartei betont, die nach außen hin einen einheitlichen Willen verkörpern müsse. Die Aneignung Leninscher Parteinormen hatte bei Kommunisten, die im April 1946 in das Zentralsekretariat und den Parteivorstand der SED gewählt wurden, tiefe Spuren hinterlassen. In Reaktion auf Forderungen der Sozialdemokraten betonte die KPD ihr Bekenntnis zur innerparteilichen Demokratie, womit ein sichtbarer Unterschied zur KPD der Weimarer Zeit herausgestellt werden sollte. Allerdings hatte schon Wilhelm Pieck während der zweiten Sechziger-Konferenz am 26. Februar 1946 zu verstehen gegeben, daß die KPD nicht gewillt war, ihre Auffassung über den demokratischen Zentralismus zu revidieren, und so gab es auch keinerlei Unklarheiten, was unter innerparteilicher Demokratie zu verstehen war: »Die zwei elementarsten Grundsätze, unter denen eine Partei nur wirklich ihre Aufgaben erfüllen kann, sind einmal der demokratische Zentralismus und eine eiserne Disziplin in der Durchführung der gefaßten Beschlüsse.«

Nach außen hin schienen die beiden Parteiströmungen in den ersten Monaten der Existenz der SED gleichberechtigt in der gemeinsamen Partei vereint. Dieser Eindruck täuschte gewaltig. Denn unter der wahrnehmbaren Oberfläche tobte ein Kampf um die Vorherrschaft in der Partei, der mit einer schrittweisen Marginalisierung der Sozialdemokraten auf zentraler sowie auf Landesebene und durch eine rasche Demontage der innerparteilichen Demokratie verbunden war. Die Erwartungen vieler Sozialdemokraten, sich in der Einheitspartei gegenüber den Kommunisten

behaupten zu können, hatten sich allzu rasch als trügerisch erwiesen. Schon unmittelbar nach der Parteigründung begannen Kommunisten, ihre politischen Vorstellungen, die sich im Verlaufe der Einheitskampagne als nicht durchsetzbar erwiesen, nunmehr in der Einheitspartei – gestützt auf die Monopolstellungen in den Apparaten – durchzusetzen. Das betraf sowohl das kommunistische Organisationsverständnis vom demokratischen Zentralismus als auch die kommunistischen Disziplinierungsmechanismen, die auf eine Unterbindung eines freien innerparteilichen Diskussionsklimas zielten. Damit begann die Transformation der SED zu einer Partei sowjetischen Typs bereits im Jahr ihrer Gründung.

Schrittweise wurde in den Jahren 1946/47 das Parteistatut ausgehöhlt, um den sozialdemokratischen Einfluß in den mittleren und unteren Parteiebenen zu beschneiden und die Zentralisation und damit die Autorität der Parteispitze zu stärken. Zur Aushöhlung des 1946 beschlossenen Statuts kam es, indem mit den organisationspolitischen Richtlinien vom Dezember 1946 die Betriebsgruppe gegenüber der Ortsgruppe zur entscheidenden Grundeinheit der SED erklärt, Anfang 1947 die im Statut als verbindlich festgeschriebenen Bezirksverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg aufgelöst wurden, 1948 und 1949 die vorgeschriebenen Parteitage ausblieben und statt dessen im Jahre 1949 eine Parteikonferenz stattfand, die statutarisch nicht vorgesehen war. Zudem wurde es schon wenige Monate nach Parteigründung gängige Praxis, Mitglieder der verschiedensten Leitungsebenen von der übergeordneten Leitung her abzulösen oder sogar ganze Kreis- und Ortsvorstände der SED ohne Wahlakt auszutauschen. Die Außerkraftsetzung statutarischer Verbindlichkeiten seit 1946 lag im Charakter der Partei selbst begründet: Die SED war grundsätzlich auf eine autoritäre Führung der Partei festgelegt.

Eine sichtbare Zäsur im Prozeß der Umwandlung der SED in eine Partei Stalinschen Typs bildeten die im Herbst 1946 in der sowjetischen Zone durchgeführten Gemeindewahlen und Wahlen der Landtage. Der SED war es nicht gelungen, bei den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 in einem Land die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erhalten. Vor allem die aus der KPD kommenden Landesfunktionäre beklagten den organisationspolitische Zustand der SED. Die mangelnde Mobilisierungskraft im Wahlkampf erschien aus kommunistischer Perspektive als ein Ergebnis des Organisationskompromisses vom April 1946. Mehrfach wurde kritisiert, daß die SED im Wahlkampf keine «einheitliche Linie» vertreten habe, nicht aus «einem einheitlichen Guß» wäre und selbst viele Mitglieder Desinteresse und Teilnahmslosigkeit offenbart hätten. Nicht wenige SED-Funktionäre kommunistischer Herkunft forderten organisationspolitische Konsequenzen nach den Wahlen und brachten Lenins Kriterien für eine Partei neuen Typs ins Spiel. Zum zentralen Schlagwort entwickelte sich die »Durchorganisation der Partei«, unter dem sich die Bemühungen um Unterordnung, Disziplinierung und Indoktrination verbargen. Als direkte Folge der in allen Landesverbänden mit ungewohnter Schärfe geführten Debatten um die Bewertung der Wahlergebnisse können die Auflösung der Bezirksverbände in Sachsen, Sachsen-

Anhalt und Brandenburg und die organisationspolitischen Richtlinien des Zentralsekretariats vom Dezember 1946 gesehen werden.

Am 24. Dezember 1946 bestätigte das Zentralsekretariat »Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der SED«, die einen strukturellen Einschnitt in das organisationspolitische Gefüge der Partei markierten. Die Richtlinien des Zentralsekretariats schufen faktisch neue Struktureinheiten der Partei. Mit der Auflösung der Bezirksverbände Anfang 1947 wurde ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Gleichschaltung und Stalinisierung der Partei vollzogen. Die schleichende Stalinisierung wurde im August und September 1947 durch die Neuwahl der Vorstände aller Ebenen komplettiert. Besonders innerhalb der Kreisvorstände kam es im Ergebnis der Parteiwahlen unter Verletzung der Regeln der Parität zu erheblichen personellen Umbesetzungen. Betroffen vom personellen Ränkespiel waren jene aus der SPD stammenden Kreisfunktionäre, die selbstbewußt an die Durchsetzungskraft sozialdemokratischer Ideen in der SED glaubten und auch nicht bereit waren, ihre sozialdemokratische Identität aufzugeben. Sie wurden durch anpassungsbereite SED-Funktionäre sozialdemokratischer Herkunft ersetzt, von denen kein ernsthafter Widerstand gegen die geplante Umstrukturierung der SED erwartet wurde.

Die Oktoberwahlen hatten für die SED-Führung eine klare Erkenntnis gebracht. Da durch demokratische Wahlen der Machtanspruch der SED nicht mehr zu realisieren war, entwickelte sich jetzt der von der SED-Führung gesteuerte Prozeß der Machtsicherung und des Machtausbaus in einer anderen Perspektive. Da unter den unabwägbareren Voraussetzungen einer demokratischen Wahl die SED nicht mehr darauf einging, sich einem demokratischen Votum zu stellen, erhielten traditionelle sowjetische Machtsicherungselemente eine neue Dimension: zentralgeleitete Planwirtschaft, Zentralisation und Konzentration der Staatsorgane, »Partei neuen Typs«. Nicht die Mehrheit in den Parlamenten, sondern die Eroberung der Schlüsselstellungen in Wirtschaft und Verwaltung galten als Garant und Voraussetzung für den sozialistischen Aufbau, was den Charakterwandel der Partei dringend notwendig machte. Die Schaffung der »Partei neuen Typs« bildete im kommunistischen Politikverständnis die entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, also die zentralistische Steuerung von Staat und Wirtschaft. Sie galt als unerlässlich für die Kontrolle des Verwaltungsapparates.

Der zweite Parteitag der SED vom September 1947 setzte bereits deutliche Zeichen, in welche Richtung sich die Partei nach den Vorstellungen der Führung zu entwickeln habe. Hatte noch vor dem Vereinigungsparteitag im April 1946 für Sozialdemokraten die Kritik an bereits gefaßten Beschlüssen zum Instrumentarium der innerparteilichen Demokratie gehört, so erläuterte Erich Gniffke den Delegierten des Parteitages, daß es dem Charakter einer sozialistischen Kampfpartei entspreche, wenn sich die Minderheit der Mehrheit unbedingt unterzuordnen habe. Die von Gniffke auf dem Parteitag im Auftrag des Zentralsekretariats unterbreitete Sprachregelung zu den Themen »Parteidisziplin« und

»persönliche Freiheit« ordnete sich in die Bemühungen ein, den Weg der SED zur Partei neuen Typs mit vorzubereiten.

Mit Vorstandsbeschlüssen vom Jahre 1948 fand der seit dem Frühjahr 1946 eingeleitete Wandel im Charakter und der Struktur der SED einen deutlich sichtbaren Niederschlag, sicherlich auch eine deutliche Forcierung. Denn die Fixierung der Partei auf das Betriebsgruppenprinzip, die Durchsetzung der Politik von oben nach unten innerhalb einer streng hierarchischen Struktur, das funktionsbedingte Agieren jedes einzelnen Funktionärs, die Verdrängung und Ausschaltung jeglichen Ansatzes oppositionellen Denkens erreichte seit 1948 eine vorher nicht gekannte Qualität. Zur Durchsetzung des Führungsanspruchs betrachtete die Parteiführung die politische Gleichschaltung der SED unter dem Etikett »Einheit und Geschlossenheit« auf eine Weise als unabdingbar, die vorher nicht in dieser Form artikuliert worden war.

Dennoch bin ich der Auffassung, daß die Stalinisierung der SED nicht, wie oft angenommen, im Jahre 1948 als Reaktion auf den Kalten Krieg, sondern schon unmittelbar nach der Parteigründung im Sommer 1946 begann. Meine Untersuchungen, auf die ich hier nicht im Detail eingehen kann, lassen erkennen, wie in einem komplexen Prozeß Freiräume in den paritätisch besetzten Führungsgremien zuerst eingeschränkt, dann schrittweise eliminiert wurden. Anhand der Unterlagen der Landesarchive, die ich in den letzten Jahren einsehen konnte, wird erkennbar, auf welche Weise sich die SED-Führung zunehmend auf zentral gesteuerte Disziplinierungs- und Gleichschaltungsmaßnahmen zurückgriff, nachdem ab Herbst 1946 deutlich wurde, daß die SED als »Russenpartei« in der sowjetischen Zone freie Wahlen nicht gewinnen würde und sie sich mit andauernden Fraktionskämpfen, Resignation und Passivität an der Basis in einer Krise befand.

Die Fixierung auf den zentralen Parteivorstand und das Jahr 1948 suggeriert eine grundsätzliche Weichenstellung im Prozeß der Stalinisierung der SED, verdrängt jedoch in dieser Festlegung auf ein »Schlüsseljahr« die vorangegangenen Schritte in allen Parteigliederungen seit April 1946. Monate vor der erklärten Wandlung zur »Partei neuen Typs« war der Weg dahin organisatorisch und ideologisch längst beschritten.